

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

48 (29.1.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagsblatt.

Freitag, 29. Januar.

Mittagsblatt.

№ 48.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofolst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspalt oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1897

Marine und Nationalwirtschaft.

* Zu den seltsamsten Blüten, welche die einseitige und kurzichtigste Interessenpolitik nur immer treiben kann, gehört die Polemik der „Deutschen Tageszeitung“, des politischen Organs des „Bundes der Landwirthe“ gegen die Forderungen im Extraordinarium des Marine-etaats. Völlig willkürlich wird der Schutz des Vaterlandes mit dem Küstenschutz identifiziert bezw. auf ihn beschränkt und der Schutz aller anderen vaterländischen Interessen als außerhalb der Aufgaben des Reichs liegend bezeichnet. Daß ein beträchtlicher Theil unserer Bevölkerung sich im Inlande nur in Folge unserer Handelsbeziehungen zum Auslande ernähren kann und daß ohne diese auch der Markt für die Erzeugnisse unserer Landwirtschaft sehr empfindlich eingestrichelt werden würde, wird bei jener Polemik so wenig beachtet, wie der Umstand, woher ohne einträglichen Handel und ohne eine leistungsfähige Industrie die Mittel zum Vaterlandsschutz auch nur im engsten Sinne herkommen sollten. Nichts als der Haß gegen die Handelsverträge ist bei dieser Gegnerenschaft die treibende Kraft; neben diesem allein herrschenden Gefühle hat keine Regierung eine über die nächstliegenden Tagesfragen hinausgehenden politischen Einsicht. Mag immerhin der „Bund der Landwirthe“ ungerechtfertigter Weise den Abschluß der Handelsverträge als einen Fehler ansehen; aber das Bedauern, daß nicht in seinem Sinne verfahren worden ist, darf doch nicht zu der Thorheit führen, nun auch die Vortheile zu bedauern, welche der deutschen Nationalwirtschaft aus den Handelsverträgen erwachsen sind. Dabei kann ganz dahingestellt bleiben, inwieweit die Bewilligung der Marineforderungen mit der vollen Ausnutzung dieser Vortheile etwas zu schaffen haben würde. Im Verkehr mit den Staaten, mit denen wir Handelsverträge neuerlich abgeschlossen haben, spielt jedenfalls der überseeische Handel eine nennenswerthe Rolle nicht, und wenn ferner behauptet wird, die Landwirtschaft solle jetzt auch die über den eigentlichen Küstenschutz hinausgehenden Marineforderungen bezahlen, so wird übersehen, daß die Einführung neuer Steuern gar nicht beabsichtigt wird und zu den bestehenden Einnahmen des Reichs die Landwirtschaft nur einen sehr kleinen Theil beiträgt. Insbesondere hängen die starken Mehreinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, welche direct oder indirect doch die Mittel zur Deckung des Marinebedarfs bieten, allein mit dem Aufschwunge von Handel und Industrie ursächlich zusammen. Von der Landwirtschaft wird daher auch nicht ein Heller mehr verlangt als sie ohnehin zu leisten hätte. Im höchsten Grade seltsam ist aber der von der „Deutschen Tageszeitung“ ausgesprochene Gedanke, die zur Wahrung unserer Interessen und mehr noch unseres Ansehens im Auslande, sowie zur ausreichenden Verteidigung unserer Weltmachtstellung nachgerade unerlässliche Verstärkung unserer Kriegsmarine zu einer privaten Unternehmung des Großhandels gestalten zu wollen.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, 28. Januar.
Abg. Gamp (Reichsp.) ist gegen eine Herabsetzung der Steuern aufgebracht worden. Redner befürwortet die Vereinfachung des Strafportos für Arzneisendungen, die außerhalb der Postdienststunden zur Beförderung aufgegeben werden.
Staatssekretär Dr. Stephan entgegnet, eine solche Annahme würde ähnliche Wünsche seitens anderer Interessenten, der Drogisten u. s. w. nach sich ziehen.
Abg. Singer bezeichnet die Gründe des Staatssekretärs gegen die Gebührenherabsetzung als nicht durchschlagend. Die vermehrten Ausgaben bei Herabsetzung der Telephongebühren würden sich allmählich amortisiren. Redner befürwortet vermehrte Sonntagsruhe für die Beamten, fernr Commuterlaub für die Unterbeamten und Kürzung der von den Landbriefträgern zurückzuliegenden Kilometerzahl u. s. w. Singer schließt: Wir verlangen, daß der geringste Arbeiter von der Verwaltung ebenso bedient werde, wie ein Mitglied des Unionklubs.
Unterschaatssekretär im Reichspostamt Dr. Fischer: Daß die Postverwaltung auf die Kürzung der Arbeitszeit der Beamten durch Vermehrung der Beamtenschaft hinarbeitet, beweist die Forderung von 5000 neuen etatsmäßigen Stellen. Die Leistungszahl der Landbriefträger ist von 30 auf 21 Kilometer herabgesetzt, die Zahl derselben von 12 000 auf 30 000 erhöht. Der Urlaub der Unterbeamten wird ständig erweitert. Die Postverwaltung betrachtet ihre Beamten allerdings nicht als moderne Arbeiter im Sinne Singers (Lebhaftes Bravo rechts). Der Affistentenverband erleichtert uns nicht immer die Aufrechterhaltung der Disziplin.
Abg. Ringens (Centr.) verlangt Erweiterung der Sonntagsruhe.
Abg. Werner (D. Resp.) verlangt bezüglich der Sonntagsruhe der Beamten paritätische Behandlung der Konfessionen. Redner tadelt ferner den Ton der Vorgesetzten gegenüber den Unterbeamten und spricht sich gegen die Postvertrauensärzte u. s. w. aus.
Unterschaatssekretär Dr. Fischer bezeichnet die Verallgemeinerung der vom Vorredner vorgebrachten Eingefälle als unsichtbar.
Dr. Hammacher bemerkt, das wäre nicht der alte Stephan, der heute gegen die Herabsetzung der Telephongebühren und Verbilligung des Briefportos gesprochen. Statt eines Ausfalls der Einnahmen sei eher eine Vermehrung derselben wahrscheinlich. Man denke an die Eisenbahntarif! Wenn der Staatssekretär auf die Gewichtsvermehrung für einfache Briefe nicht eingehen will, so ist das ein Zurückbringen des Kulturfortschrittes. (Beifall.)
Staatssekretär Stephan führt aus: Ich bitte, zu bedenken, daß Sie es hier mit dem Generalpostmeister und Staatssekretär des Reichspostamtes eigentlich gar nicht zu thun haben. Ich bin hier der Vertreter der verbündeten Regierungen. (Bewegung.) Ich erinnere daran, daß es mir erst nach vielen Bemühungen gelungen ist, den Fernsprecher seinerzeit in Geltung zu bringen. Er wurde früher als amerikanischer Humpel bezeichnet. Man vergesse immer wieder, die Auslagen zu berücksichtigen. Neben dem Verkehr müsse die Industrie, die Landwirtschaft und vor allem die Finanzen berücksichtigt werden. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Schluß nach 5 Uhr.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 28. Jan. Im Auswärtiger Amte hat heute zwischen dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall und dem französischen Botschafter Noddes der Austausch der Ratifikationen zu dem Abkommen zwischen dem Reiche und Frankreich betr. die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen Deutschland und Tunis stattgefunden.
Hamburg, 28. Jan. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: Anlässlich des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers fand gestern Abend 7 Uhr auch beim Fürsten Bismarck in Friedrichruh ein Diner statt, zu dem die fürstlichen Hofbeamten, der Hofhofsvorsteher, der Postmeister und die dortigen dienstfreien Bahn- und Postassistenten eingeladen worden hatten; im ganzen nahmen etwa 30 Personen an dem Diner theil, darunter auch Prof. Schwemmer, der vorgefertigen Abend in Friedrichruh eintraf. Das Hoch auf Seine Majestät den Kaiser brachte Fürst Bismarck aus. Fürst Bismarck befindet sich durchaus wohl.

Hamburg, 29. Jan. Der Arbeitgeberverband beschloß, auf das Schreiben der Ausständigen keine Antwort zu ertheilen, weil der Ausstand beendet sei. Nachdem die Seeleute heute fast alle die Arbeit wieder aufgenommen, bewilligte die Rheder von heute ab Lohnerhöhung.

Budapest, 28. Jan. Abgeordnetenhaus. Franz Kossuth bringt eine Interpellation bezüglich der Entsendung des russischen Ministers des Auswärtigen nach Paris ein und führt aus, der Auftrag des Kaisers von Rußland an den Grafen Murawjew, sich dem Präsidenten der Republik vorzustellen und mit dem französischen Kabinete in Verbindung zu treten, sei ein in der Geschichte der Diplomatie ganz ungewöhnlicher Vorgang und lasse auf eine große Tragweite dieser Reise schließen. Der Interpellant richtete eine Anfrage an den Ministerpräsidenten, ob er von den Zielen dieser Reise unterrichtet sei und ob er geneigt sei, dieses dem Abgeordnetenhaus zur Kenntniß zu bringen, sowie ob er seinen Einfluß dahin geltend machen wolle, daß hinsichtlich der Orientfrage keine Vereinbarungen gegen die Interessen des Dreibundes und Ungarns getroffen werden.

Budapest, 28. Jan. Am Schluß der heutigen Abgeordnetenhausung interpellirte Bisontai wegen des Streites in den Aninzer Bergwerken, wo nahezu 3000 Arbeiter die Arbeit eingestellt hätten. Der Interpellant fragte auch an, ob der Gebrauch der Waffen seitens der Gensdarmarie zu Rechte und gesetzlich war.

Prag, 28. Jan. Der Landtag hat den Antrag auf Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden mit dem Zusatzantrag Ruß, daß das Gesetz schon bei den gegenwärtigen Reichsrathswahlen Anwendung finden solle, in zweiter und dritter Lesung angenommen. Im Laufe der Debatte hatte der Statthalter, Graf Rudenow, erklärt, die Anwendung des Gesetzes auf die gegenwärtige Reichsrathswahlen sei ausgeschlossen. Die Verantwortung für die bei einer überleiteten Anwendung im Wahlgeschehen sich ergebenden Uebelstände würde auf die Behörden fallen. Aus diesem Grunde müßten die Behörden für die Vorbereitung die erforderliche Zeit haben.

Paris, 28. Jan. Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Murawjew, wurde heute Nachmittag durch den Minister des Auswärtigen, Hanotaux, dem Präsidenten Faure vorgestellt. Sodann stattete Graf Murawjew dem Senatpräsidenten Loubet, dem Präsidenten der Deputirtenkammer Brisson und dem Ministerpräsidenten Méline Besuche ab. Letzterer wird erst morgen den Besuch erwidern, da er heute durch die Berathungen über die Zuckersteuervorlage in der Deputirtenkammer festgehalten ist. An dem Frühstück in der Russischen Botschaft nahmen außer den Ministern Murawjew und Hanotaux nur die Mitglieder der Botschaft theil.

Paris, 28. Jan. Der Minister des Innern wird in der Kammer die Bewilligung für einen Kredit von 40 000 Frs. für die Kosten der Beteilung an der Pestkonferenz in Venedig und für Ausnahmemassregeln gegen die Pest beantragen. Ferner wird der Minister eine Vorlage einbringen, durch welche die Anwendung der Strafverordnungen des Gesetzes von 1822 gegen die Abgabe falscher Erklärungen, betreffend die Gesundheitsverhältnisse, erleichtert wird.

Paris, 28. Jan. Der Minister des Auswärtigen, Hanotaux, empfing heute früh 11 Uhr den russischen Minister Murawjew. Der Besuch desselben dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Sodann nahmen beide Minister an dem in der russischen Botschaft zu Ehren des Grafen Murawjew gegebenen Frühstück theil.

Haag, 28. Jan. Die Erste Kammer nahm mit 25 gegen 16 Stimmen das neue Zuckersteuergesetz an, welches ein Niederlagensystem einführt und den Fabrikanten von Rübenzucker Ausfuhrvergütung bewilligt. Die Ausfuhrvergütung für 1897/98 soll 2 1/2 Millionen Gulden betragen und innerhalb 8 Jahren auf 1 700 000 Gulden herabgehen.

Rom, 28. Jan. Die „Agenzia Stefani“ bezeichnet die Meldung der „Times“, wonach die italienische Regierung beschlossen habe, die Kolonie Erythrea zu räumen, als jeder Begründung entbehrend.

Madrid, 28. Jan. Aus Havanna wird gemeldet: General Weyler setzte seinen Vormarsch fort und steht jetzt beim Flusse Hanabana, in der Nähe der Provinz Santa Clara. — Eine Depeche aus Manila bestätigt, daß die Aufständischen durch die sie verfolgenden Truppen hart bedrängt werden und in kleine Gruppen aufgelöst flihen.

Massana, 29. Jan. Die Verwundung, die Kas Aukla in dem Kampfe mit Agos erhalten hat, ist ziemlich ernst.

Großherzogthum Baden.

Bei der am 28. d. M. im zweiten badischen Reichstagswahlkreise in Folge des Ablebens Seiner Durchlaucht des Fürsten Karl Egon zu Fürstemberg stattgefundenen Ersatzwahl zum Reichstage erhielten der Kandidat der national-liberalen Partei, Herr Dr. med. Merz in Furtwangen 8666 Stimmen, der Kandidat der Centrunspartei, Herr Bürgermeister Schäfer in Erbringen 8063 Stimmen. Auf den sozialdemokratischen Bewerber, Herrn Tischler Krohn in Konstanz, entfielen 1105 Stimmen. Es hat demnach ein Stichwahl zwischen den Herren Dr. Merz und Schäfer stattzufinden.

Freiburg, 28. Jan. Im Jährlicher Hof versammelte sich gestern zum Festessen anlässlich des Geburtstags Seiner Majestät Kaiser Wilhelms eine zahlreiche Gesellschaft. Beim Eintritt Seiner Königl. Hoheit des Erbprinzenbeglückte und beglückwünschte Herr Oberbürgermeister Dr. Winterer den hohen Ehrengast, dessen militärische Beförderung soeben bekannt geworden war, mit einer Ansprache, worin er auch den Gefühle des Bedauerns, welches das Scheiden des allverehrten Fürstenthums in unserer Stadt erweckt, Ausdruck gab. Das Hoch auf Seine Königl. Hoheit fand lebhaftesten Widerhall. Nach den ersten Gängen des Mahles erhob sich der Erbprinzbeglückte. Er habe, sagte er, zum ersten Mal zugleich aber auch zum letzten Mal in seiner Eigenschaft als Kommandeur der hiesigen Division Gelegenheit, an dieser Stelle den Trinkpruch auf Seine Majestät den Kaiser an dessen Geburtstag auszubringen. Mit Freude sehe er eine so zahlreiche Gesellschaft aus allen Ständen und Berufsgruppen der Stadt um sich versammelt. Der hohe Redner gedachte sodann der Zeitspanne vor 26 Jahren, die seit der Gründung des Kaiserreiches verlossen ist. Die besten deutschen Patrioten haben dieses erstrebt und erkämpft und auch heute halte man den Einheitsgedanken allseits hoch, wenn auch in der Zwischenzeit manches Trennende hervorgetreten sei. Ein erhebendes Gefühl sei es, heute am Rheine, der so lange die gefährbedrohte Grenze gegen das Feindesland gebildet habe, sich sicher zu wissen. Im Deutschen Kaiser sehen wir den Schirmherrn des Reiches, die Verkörperung dieses Einheitsgedankens; sein Name sei das Panier, um das wir uns scharen. Laßt uns mit Begeisterung einstimmen in den Ruf: Kaiser Wilhelm II. lebe hoch! Brausend klang der Ruf im Saale wieder und die vom Schloßberg herab erklingenden Böllerschüsse verkündeten den feierlichen Augenblick der Stadt.

Verantwortlicher Redakteur Julius Raß in Karlsruhe.

Table with columns for 'Staatspapiere', 'Eisenbahn-Aktien', and 'Eisenbahn-Prioritäten'. It lists various securities and their prices in Frankfurt.

Table with columns for 'Eisenbahn-Aktien' and 'Eisenbahn-Prioritäten'. It continues the list of securities from the previous table.

Table with columns for 'Inländische Pfandbriefe', 'Ausländische Pfandbriefe', and 'Wechsel und Sorten'. It lists exchange rates and other financial instruments.

Advertisement for 'G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe'. It includes the title 'Ergänzungstaxe zur Königl. preuß. Arzneitaxe' and 'Preis 2 Mark'.

Advertisement for 'Bürgerliche Rechtsanwaltschaft'. It details the services of lawyers in Karlsruhe, including representation in court and legal advice.

Advertisement for 'Freiwillige Gerichtsbarkeit'. It discusses legal matters related to voluntary jurisdiction, such as inheritance and guardianship.

Advertisement for 'Bürgerliche Rechtsanwaltschaft' (continued). It further details the legal services provided by the firm.

Advertisement for 'Eines Spar- und Darlehensgeschäftes'. It describes a savings and loan business and its financial structure.

Advertisement for 'Genossenschaftsregister-Einträge'. It provides information about the registration of cooperative societies.

Advertisement for 'Genossenschaftsregister-Einträge' (continued). It continues the details regarding cooperative society registrations.

Advertisement for 'Genossenschaftsregister-Einträge' (continued). It provides further details on the legal aspects of cooperative societies.

Advertisement for 'Strafrechtspflege'. It discusses legal matters related to criminal justice and court proceedings.

Advertisement for 'Strafrechtspflege' (continued). It continues the discussion on criminal law and judicial processes.

Advertisement for 'Bermischte Bekanntmachungen'. It lists various public notices and legal announcements.

Advertisement for 'Auf- und Brennholz-Versteigerung'. It announces a public auction for firewood and timber.